



INTERVIEW

DER CO₂-PREIS IST GANZ WICHTIG, ABER ÜBERHAUPT NICHT AUSREICHEND

Mit ihrem Buch „Unsere Welt neu denken“ stand Maja Göpel monatelang auf der „Spiegel“-Bestsellerliste. Kein Wunder, denn ihre Denkweise, Argumente und Angebote für neue Ansätze bei der überlebensnotwendigen Transformation der Gesellschaft entfachen und begleiten Diskussionen darüber, wie wir die zahlreichen aktuellen Probleme und Krisen angehen können und müssen. Während ihres Vortrages zur Helmholtz Environmental Lecture am UFZ unter dem Titel: „Aufbruch in eine nachhaltige Zukunft – Warum wir unsere Welt neu denken müssen.“ warb Maja Göpel engagiert für ihre Ideen, wie der Ausbruch aus einer polarisierten Gesellschaft in eine nachhaltige Zukunft gelingen kann.

Dystopie oder Utopie – wohin steuern wir? Wie lange haben wir noch die Wahl, diesen Prozess selbst zu beeinflussen?

Ich glaube schon, dass die nächsten zehn Jahre sehr entscheidend dafür sind, in welche Richtung wir grundlegende Entscheidungen treffen. Von Infrastruktur über unterschiedliche Sektoren bis zu fossilen Energieträgern, die jetzt noch mal aufblühen. Denen ist dann aber doch der Abschied zu gönnen. Das wird ein intensives Ringen.

Inwieweit befürchten Sie, dass der Krieg Russlands in der Ukraine auch eine Zäsur für die Bemühungen um eine nachhaltige Zukunft ist.

Für die globalen Gemeingüter sieht das in der Tat schwierig aus. Wir wissen, dass wir deren Bewahrung nur mit Kooperation hinbekommen. Beim Klimawandel, beim Schutz der Biodiversität oder auch bei den Ozeanen, da haben wir überall das Problem, dass wir nicht ausreichend Abkommen haben, die ihre Übernutzung einhegen könnten. Je intensiver da Grenz- oder territoriale Streitigkeiten werden, umso schwieriger wird der Erhalt. Da stehen wir

Prof. Dr. Maja Göpel

— 1976 geboren, arbeitet Maja Göpel als Politökonomin, Transformationsexpertin und Nachhaltigkeitswissenschaftlerin an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Politik und Gesellschaft. Die Autorin, Beraterin und gefragte Rednerin studierte Medienwirtschaft und politische Ökonomie in Siegen, Hamburg und Kassel. 2017 bis 2020 war Maja Göpel Generalsekretärin des Wissenschaftlichen Beirats „Globale Umweltveränderungen (WBGU)“ der Bundesregierung und bis 2021 Wissenschaftliche Direktorin am Hamburger The New Institute. 2019 folgte die Ernennung zur Honorarprofessorin für Nachhaltigkeitstransformation an der Leuphana Universität Lüneburg. Maja Göpel ist Mitglied im Club of Rome, dem World Future Council, dem Bioökonomierat der Bundesregierung und Mitbegründerin von „Scientists4Future“.

tatsächlich vor großen Herausforderungen. Auf der anderen Seite verstehen wir ja gerade, wie vulnerabel Wertschöpfungsketten sind, die wir immer unter dem Primat der Globalisierung als besonders effizient gefeiert haben. Der Krieg kann ein Beschleuniger für die Frage sein, inwieweit wir das ein Stück weit wieder re-regionalisieren müssen. Wie können wir Produktions- und Konsummuster so umbauen, dass sich wirklich eine Kreislaufwirtschaft und eine Regeneration der Ökosysteme ergeben? Einfach aus der Erkenntnis heraus, dass Rohstoffe, selbst wenn ich als reiches Land dafür viel Geld auf den Tisch lege, nicht mehr verfügbar sind. Das heißt, wir merken jetzt in dieser Kopplung von Krieg und Lockdowns in einer unmittelbaren Form, wenn Grenzen der Extraktion erreicht sind.

In einem Interview haben Sie kurz nach der Bundestagswahl 2021 gesagt: Wir werden auf Dinge, die wir heute haben, verzichten müssen. Was meinen Sie damit?

Ich glaube, es macht wahnsinnig viel Sinn, auf vermüllende Formen des Konsums zu verzichten. Wenn wir uns allein die Plastikberge in den Meeren ansehen oder die Müllberge, die in Afrika brennen, weil unsere billigen Klamotten dort auch niemand haben will, und dafür zuvor Menschen und Umwelt in Südostasien in Mitleidenschaft gezogen wurden, um den Junk herzustellen. Ich finde, wir können auf diese ganze Verschwendung verzichten und uns an einem wirklich hohen Qualitätsstandard orientieren. Die Langlebigkeit von Produkten war ja mal etwas, worauf wir früher stolz waren. Zum Beispiel eine 30 Jahre laufende Spülmaschine oder ein Auto, über das man sagt, das ist qualitativ hochwertig, weil es nicht nach 9 Jahren per Abwrackprämie verklappt wird. Die Geschäftsmodelle der schnellen Umsätze haben dem einen Strich durch die Rechnung gemacht. Aber das heißt auch, dass wir viele

der nötigen Veränderungen positiv beschreiben können, weil sie Qualitätsverbesserungen sind. Als Ingenieur-nation könnten wir so Made in Germany neu definieren.

Sie haben auch den Richtungsstreit beschrieben, der in der Gesellschaft alles überlagert: Die eine Hälfte der Bevölkerung will zu neuen Ufern aufbrechen, die andere will Altes bewahren oder zurückholen. Wie lässt sich dieser Grundwiderspruch lösen?

Ich glaube, es ist wichtig zu verstehen, wo kommt dieser Drang her, alles beim Alten zu belassen. Deshalb ist es so bedeutend, die Sozialwissenschaften mit den ganzen technischen und naturwissenschaftlichen und auch den ökonomischen Fragen zu verbinden. Ich streite mich oft mit Ökonom:innen, wenn die sagen, solange die Kompensationszahlungen hoch genug sind, wird das schon laufen. Das funktioniert eben nicht so einfach: Studien zeigen, dass einige „Goldene-Handschlag-Regionen“ auch nach hohen Zahlungen AfD-affin sind. Weil das Signal „Wir brauchen dich nicht mehr“ und eine Stillhalteprämie eben nichts sind, was Wertschätzung transportiert. Dafür ist der Einbezug der Betroffenen in die Gründe und Pläne des betrieblichen oder regionalen Umbaus zentral, und zwar auf Augenhöhe. Die Frage nach der Abwehr der Menschen ist eine ganz wichtige. Häufig entsteht sie auch aus relativen Verteilungsfragen. Umfragen zeigen, es geht nicht nur um den Mindestlohn, sondern um faire Löhne. Das kaskadiert nach oben in dem Fall, wo sich die Führungsspitzen zu stark absetzen, die Manager:innen eines Unternehmens die produzierenden Expert:innen abhängen. Deshalb glaube ich, dass man mit viel mehr Transparenz und dem Fokus auf die soziale Gerechtigkeitsfrage Transformationsprozesse durchaus beschleunigen könnte.

Wie bekommt man ins Bewusstsein der Menschen, dass die Kosten jetziger ökologischer Transformationen zwar enorm hoch, aber die Folgekosten beim Nichtstun oder Zu-Wenig-Tun um ein Vielfaches höher sein werden?

Ich glaube, dass diese Aufklärung darüber nicht ohne die Ökonom:innen geht. Sie müssen uns helfen, diese Transparenz über Diskontraten, temporäre Verschuldung für die Investments in zukünftig günstigere Energieversorgung zu trennen, die sozialen Kosten des Klimawandels usw. herzustellen. Und warum vieles, was von öffentlicher Hand gefördert wird und entsteht in der künftigen Infrastruktur ja auch als Gemeinschaftsvermögen aufgefasst werden kann und muss. Die erneuerbaren Energien zeigen es am deutlichsten, die Brennstoffpreise entfallen und auch die Verschmutzung wird runter gehen. Das heißt, die Betriebskosten von den neuen Energiesystemen werden dann auch nach unten laufen.

Wie groß sind Ihre Befürchtungen, dass sich nennenswerte Teile der Gesellschaft weiter aus der Realität verabschieden – so wie in den USA recht drastisch zu erleben und punktuell auch in Deutschland?

Die Sozialwissenschaften haben ja herausgearbeitet, dass es nicht eine Realitätsverweigerung, sondern eine eigene Realität ist. Mit eigenen Erzählungen, mit eigenen Gruppen, mit eigenen Referenzquellen. Und deshalb glaub ich auch, dass sich mit dem Vorwurf der Realitätsverweigerung eher die Abwehrmechanismen noch mal hochschrauben. Deshalb gilt es nachzufragen, welche ist denn die Information, auf der eigene Realitäten aufbauen? Oder: Haben Sie auch mal anders auf das Problem draufgeschaut? Hier wird aber der oder die Absender:in relevant sein und wie sich wer umgekehrt gesehen fühlt. Das dokumentieren auch Fokus-Gruppen-Interviews. Die zeigen, dass einige Menschen das Gefühl haben, die Politik interessiert sich gar nicht mehr für ihre wirklichen Belange. Die sind wütend, und suchen dann Geschichten, die es ihnen einfach machen, Sündenböcke zu finden. Und wir dürfen die Kombination zwischen Vergütung und sozialer Anerkennung nicht außer Acht lassen. Es gibt systemrelevante Jobs, die nicht nur unterdurchschnittlich bezahlt werden, sondern die auch noch eine schlechtere Reputation haben. Und diese Kombination ist natürlich toxisch, sie führt dann auch schnell zu Ohnmachtsempfinden.

Ist Klimaschutz Schuldenmachen oder Investition in die Zukunft?

Wenn man rein ökonomisch draufschaut, ist es eine Kosten-Nutzen-Relation, die sich absolut rechnet. Wenn aber in Zukunft Inseln oder Landstriche wegen des menschlichen Handelns verschwinden werden, ist auch mal irgendwann die Frage angebracht, ob hier eine positive Kosten-Nutzen-Rechnung der Maßstab ist. Da spielen dann ganz andere Werte und Menschenrechte mit hinein.

Inwieweit ist der CO₂-Preis für Sie die wichtigste und letztlich ausschlaggebende Kategorie für das Initiieren von Veränderungen?

Makroökonomisch betrachtet ist das ein total wichtiges Instrument, aber wenn man sich alle Klimapfad-Berechnungen anschaut, ist es überhaupt nicht ausreichend. Wir sehen das ja derzeit überall. Wenn die Infrastruktur für Alternativen nicht da ist, werden sich Investitionen und Verhalten nicht schnell genug ausreichend verändern. Es braucht wirklich eine ganzheitliche Neuausrichtung aller Lenkungswirkungen, die wir haben. Sonst hapert es mit der Umsetzung der Alternativen. Die Unternehmen und Verbraucher:innen sehen nur die Kosten steigen, die wiederum können sich die Wohlhabenden viel eher leisten als die anderen und der Druck gegen das eine Instrument nimmt zu. Ein ausreichend hoher CO₂-Preis ist ganz wichtig, aber überhaupt nicht ausreichend. Ist der Kapitalismus, wie wir ihn mit seinen Besitzverhältnissen, seinen Folgen, seinen auf Externalisierung der sozialen und ökologischen Kosten ausgerichteten Geschäftsmodellen als Bürger erleben, die passende Gesellschaftsform, um den großen Transformationsprozess auch erfolgreich zu bewältigen?

Der Kapitalismus wurde ja immer weiterentwickelt. Und er war ja auch nicht immer ganz so finanzrabiät in seiner Orientierung wie jetzt. Und es lohnt sich, darüber zu streiten, wie stark die Befriedung in einigen Teilen der Welt zu Lasten anderer Teile der Welt passierte. Es sind sich alle nachhaltigkeitsinteressierten Ökonom:innen einig, dass diese finanzialisierte Form, bei der Preise nicht die ökologische und soziale Wahrheit sagen, nicht funktionieren kann. Und dass eine Verteilungsdynamik, wo einige, die eh schon auf Milliarden sitzen, 40 Prozent Zuwachs ihrer Vermögen bekommen, während der Rest der Bevölkerung einer Pandemie trotz, demokratisch nicht haltbar blei-

ben wird. Da finde ich es verantwortlich, genau hinzugucken und zu fragen, woher kommen diese Treiber, woher kommen diese Trickle-up-Effekte, wie können wir das korrigieren. Immerhin ist unser Fiat-Geldsystem ideengeschichtlich mal als ein Gemeingut gestartet. Es sollte in den Dienst der produktiven Wirtschaft gestellt werden und nicht wie ein Diktator oben drauf sitzen.

Die Wissenschaftler:innen gehören zum überwiegenden Teil zu denen, die die Transformation als notwendig erachten. Wo sehen Sie die deren Aufgabe in diesem Prozess?

Es gibt derzeit nach meiner Meinung drei Aufgaben für Wissenschaftler:innen. Die erste ist es, den undankbaren Job anzunehmen, immer wieder zu sagen: Der Status quo funktioniert nicht. Es tut uns leid, die Maßnahmen reichen nicht. Die Kurzfristorientierung durch Wahlen oder auch Geschäftszyklen wird vor allem von denen angeprangert, die auf der Straße protestieren. Und bei denen heißt es dann gleich: Das ist nur eine andere Interessenspolitik. Da sollten Wissenschaftler:innen über die langfristigen Konsequenzen heutiger Entscheide evidenzbasiert aufklären. Das zweite Aufgabengebiet: Expertise bereitstellen und über bestimmte Strategien, die gesellschaftliche Akteure vorschlagen oder entwickeln, informieren und diese validieren. Sind die ausreichend? Kann das funktionieren? Würde das hochgerechnet passen? Also ein bisschen maßgeschneidert beraten. Das macht Scientists4Future ja gerade viel. Das dritte ist für mich das Zuhören. Vieles können wir uns ja nicht am Schreibtisch ausdenken, sondern die wirkliche Kreativität, wie Probleme lösbar sein könnten, kommt von den Leuten, die vor Ort agieren. Es gilt Feldforschung zu machen. Zuhören und Muster entdecken und die kodifizieren. Sonst kommen wir nicht raus aus der Erzählung: „Ja, da sind so ein paar Utopisten. Oder: Hier ist so ein Leuchtturm – aber das ist ja nicht verallgemeinerbar.“ Weil aber gerade die Welle für Veränderungen rollt und wir politisch viele weitreichende Entscheidungen vor uns haben, ist es wichtig, diesen

Transformationsprozess in seiner Entfaltung gut zu beobachten und zu beschreiben. Denn wenn man die Muster des Gelingens wiederum bekannt macht, sinkt die Angst vor der Veränderung.

Ist die Suche nach wissenschaftlichen und technologischen Lösungen für Umweltprobleme für Sie nur Ergänzung oder auch zentraler Bestandteil einer verantwortungsvollen Umweltpolitik und Transformation?

Wir brauchen immer beides. Für mich ist es eine Frage der Proportionen. Und der bestmöglichen Kommunikation, damit auch das bekannt wird, was schnell genutzt werden kann. Das sollten wir auch mit Förderprogrammen oder Ausgründungen aus Hochschulen stärken. Hier finde ich es wichtig, Eigentumsstrukturen für das, was aus Grundmitteln gefördert wird, noch einmal genau zu beleuchten. Das kann den Weg in mehr lokale Partizipation ebnen – Stichwort Energiewende in Bürgerhand – und wird bei den hohen öffentlichen Investitionsvolumen zentrales Thema für die soziale Frage sein. Wir haben eine staatliche Grundförderung und in dem Moment, wo man Forschungsergebnisse patentieren kann, wird es privat – siehe bei den Impfstoffen. Und wenn dann der Staat sagt, es wäre gut, wenn ihr ein bisschen Steuern zurückzahlen würdet, damit wir die nächste Runde Grundfinanzierung starten können, entfaltet sich gleich das Narrativ, die Unternehmer:innen würden ohne Anreize ja nicht diese Kraft entfalten. Das ist ein demokratisch wenig hilfreiches Muster, das wir derzeit leider viel sehen: Privatisierung der Gewinne und Sozialisierung der Kosten beziehungsweise der Investitionen. Und dass das keinen sozialen Frieden mit sich bringt, da muss man sich ehrlich machen. Das Narrativ selbst transportiert auch ein ziemlich einseitiges Menschenbild.

—
DAS INTERVIEW FÜHRTE STEFFEN REICHERT.



Die Helmholtz Environmental Lecture (HEL) ist eine öffentliche Veranstaltungsreihe des UFZ, in der seit 2009 herausragende Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zu wichtigen ökologischen, sozio-ökonomischen und sozialen Fragen Stellung beziehen und sie dann mit dem Plenum diskutieren.

